

URGENT ACTION

DROHENDE WIEDERAUFNAHME DER TODESSTRAFE

MALEDIVEN

UA-Nr: **UA-179/2017-1** AI-Index: **ASA 29/7007/2017** Datum: **31. August 2017** - ek

TODESKANDIDAT_INNEN AUF DEN MALEDIVEN

darunter:

HUSSAIN HUMAAM AHMED

AHMED MURRATH

MOHAMED NABEEL

Laut Angaben des maledivischen Präsidenten sollen ab Ende September wieder Todesurteile vollstreckt werden. Es wären die ersten Hinrichtungen auf den Malediven seit über 60 Jahren. Nachdem der Oberste Gerichtshof Mitte 2016 drei Todesurteile aufrechterhalten hat, droht den betroffenen Männern nun unmittelbar die Hinrichtung.

Es steht zu befürchten, dass den drei zum Tode verurteilten – Hussain Humaam Ahmed, Ahmed Murrath und Mohamed Nabeel – unmittelbar die Hinrichtung droht. Medienberichten zufolge hat Präsident Abdulla Yameen am 6. August erneut bekräftigt, dass er die Hinrichtungen bis Ende September vollstrecken lassen will. Die Namen der Gefangenen, die hingerichtet werden sollen, wurden bisher nicht offiziell bestätigt. Die Stellungnahme des Präsidenten erfolgte jedoch unmittelbar, nachdem Amnesty International am 19. Juli Informationen erhalten hatte, denen zufolge sich die Behörden auf die unmittelbar bevorstehenden Hinrichtungen vorbereiten.

Eine Wiederaufnahme von Hinrichtungen nach über 60 Jahren wäre ein Rückschritt für die Malediven. Zudem wäre es ein Verstoß gegen die völkerrechtlichen Verpflichtungen des Landes, zu denen auch der Schutz des Rechts auf Leben der drei Männer zählt. Der Oberste Gerichtshof der Malediven hat bis dato drei Todesurteile aufrechterhalten und die drei betroffenen Männer haben nun alle Rechtsmittel ausgeschöpft. Amnesty International befürchtet, dass die Verfahren, die zu den Todesurteilen geführt haben, nicht fair waren. Unter anderem wurde ein offenbar erzwungenes Geständnis verwendet, das der im Todestrakt inhaftierte Hussain Humaam Ahmed später zurückzog.

Im Juli 2016 forderte der UN-Menschenrechtsausschuss von der maledivischen Regierung einen Hinrichtungsaufschub für Hussain Humaam Ahmed. Demnach darf das Urteil nicht vollstreckt werden, bis die Vereinten Nationen über ein Rechtsmittel des Gefangenen entschieden hätten. Dasselbe wurde von dem UN-Ausschuss im Juli 2017 auch für Ahmed Murrath und Mohamed Nabeel gefordert. Die Malediven haben sich dazu verpflichtet, mit dem UN-Menschenrechtsausschuss zusammenzuarbeiten.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Im Jahr 2014 hatte die Regierung der Malediven unter Präsident Abdulla Yameen eine Wiederaufnahme von Hinrichtungen auf den Malediven angekündigt. Seitdem haben die Behörden bereits erste Schritte für die Wiederaufnahme unternommen, unter anderem haben sie die nationale Gesetzgebung geändert. Es wurden Verordnungen erlassen, die der Exekutive das Recht nehmen, in Mordfällen Begnadigungen oder Strafumwandlungen auszusprechen. Damit nehmen sie Personen, denen die Todesstrafe droht, die Möglichkeit, diese völkerrechtlich garantierten Rechtsmittel einzulegen.

Im Jahr 2016 wurde die Hinrichtungsmethode geändert. Sollten die Verurteilten zuvor durch eine tödliche Spritze hingerichtet werden, soll die Hinrichtung zukünftig durch Erhängen erfolgen. Von Seiten der Regierung wurde versichert, dass die Todesurteile innerhalb von 30 Tagen nach Bestätigung der Schuldsprüche durch den Obersten

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Gerichtshof vollstreckt werden sollen. Ende Januar erfuhr Amnesty International, dass die Wiederaufnahme von Hinrichtungen unmittelbar bevorstehen könnte. Es wurde berichtet, dass die ersten Todesurteile sogar noch vor Anfang April vollstreckt werden könnten. Anfang Februar teilte der Innenminister der Malediven – Azleen Ahmed – den nationalen Medien mit, dass bereits Vorbereitungen für die Wiederaufnahme von Hinrichtungen getroffen würden. Dazu zählte unter anderem der Bau von zwei Hinrichtungskammern. Am 23. April sagte Präsident Abdulla Yameen in einer Rede, dass die Regierung vor habe, die Vollstreckung der Todesstrafe innerhalb weniger Monate wieder aufzunehmen.

Nach Angaben der maledivischen Strafvollzugsbehörde und laut Medienberichten sind auf den Malediven derzeit mindestens 20 Personen in Haft, die zum Tode verurteilt wurden. Von diesen 20 Personen wurden mindestens fünf für Straftaten zum Tode verurteilt, die sie als Minderjährige begangen haben sollen.

Drei Männer haben nun alle Rechtsmittel ausgeschöpft, nachdem der Oberste Gerichtshof der Malediven im Jahr 2016 ihre Todesurteile aufrechterhalten hatte.

SCHREIBEN SIE BITTE

E-MAILS, FAXE, TWITTERNACHRICHTEN ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Bitte stoppen Sie die Wiederaufnahme von Hinrichtungen und erlassen Sie ein offizielles Hinrichtungsmoratorium mit dem Ziel, die Todesstrafe vollständig abzuschaffen.
- Wandeln Sie umgehend alle bestehenden Todesurteile um, auch jene, die gegen Personen verhängt wurden, die als Minderjährige ihre Straftaten begangen haben.
- Ich fordere Sie höflich auf, die nationale Gesetzgebung so abzuändern, dass sie mit dem Völkerrecht und internationalen Standards übereinstimmt. Schaffen Sie zudem die Todesstrafe für alle Straftaten ab.

APPELLE AN PRÄSIDENT

Abdulla Yameen Gayoom
The President's Office
Boduthakurufaanu Magu, Malé 20113
MALEDIVEN
(Anrede: His Excellency / Exzellenz)
Fax: (00 960) 332 5500
Twitter: @presidencymv

KOPIEN AN AUBENMINISTER

Dr. Mohamed Asim
Ministry of Foreign Affairs
Boduthakurufaanu Magu, Malé 20077
MALEDIVEN
E-Mail: admin@foreign.gov.mv
Twitter: @MDVForeign
@asim_mdv

INNENMINISTER

Mr. Azleen Ahmed
Ministry of Home Affairs, 10th floor
H. Velaanaage Malé, Ameeru Ahmed Magu
Malé 20096, MALEDIVEN
(Anrede: Honourable Minister / Sehr geehrter Herr Minister)
Fax: (00 960) 3324739
E-Mail: info@homeaffairs.gov.mv
Twitter: @AzleenAhmed; @homeministrymv

BOTSCHAFT DER REPUBLIK MALEDIVEN

Frau Jameela Ali Khalid
Pariser Platz 4a
10117 Berlin
E-Mail: info@maldivesembassy.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **11. Oktober 2017** keine Appelle mehr zu verschicken.

Weitere Informationen zu **UA-179/2017** (ASA 29/6764/2017, 20. Juli 2017)

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- Halt any plans to resume executions and establish an official moratorium on all executions, with a view to abolishing the death penalty.
- Immediately commute the death sentence against all prisoners under sentence of death, including those imposed for crimes committed when the prisoners were below 18 years of age.
- Amend national legislation to remove provisions that are not in line with international law and standards and abolish the death penalty for all crimes.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG

Hussain Humaam Ahmed (Humaam) wurde wegen eines Mordes, der 2012 begangen wurde, schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt. Der Oberste Gerichtshof bestätigte Schuldspruch und Todesurteil am 24. Juni 2016. Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen haben Bedenken bezüglich der Rechtmäßigkeit seines Gerichtsverfahrens geäußert. Im Juli 2016 ordnete der UN-Menschenrechtsausschuss einen Hinrichtungsaufschub an, bis die Vereinten Nationen über ein Rechtsmittel des Gefangenen entschieden hätten.

Im Jahr 2012 wurde Ahmed Murrath wegen Mordes schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt. Der Oberste Gerichtshof bestätigte am 9. Juli 2016 auch diesen Schuldspruch und das Todesurteil.

Mohamed Nabeel wurde im Jahr 2009 wegen Mordes schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt. Der Oberste Gerichtshof bestätigte Schuldspruch und Todesurteil am 27. Juli 2016.

Die Malediven haben sich dazu verpflichtet, mit dem UN-Menschenrechtsausschuss zu kooperieren. Die drei Männer hatten dem Ausschuss gegenüber Vorwürfe geäußert, dass die Malediven die Rechte, die ihnen nach dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zustehen, verletzt hat.

Amnesty International wendet sich in allen Fällen, weltweit und ausnahmslos gegen die Todesstrafe, da sie das in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschriebene Recht auf Leben verletzt und die grausamste, unmenschlichste und erniedrigendste aller Strafen darstellt. Amnesty International unterstützt zudem die Forderungen, die in den fünf Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen seit 2007 festgeschrieben wurden, nach denen ein offizielles Hinrichtungsmoratorium gefordert wird, mit dem Ziel, die Todesstrafe vollständig abzuschaffen. Bis heute haben 141 Länder die Todesstrafe im Gesetz oder in der Praxis abgeschafft; in der Asien-Pazifik-Region haben 20 Länder die Todesstrafe für alle Straftaten abgeschafft und weitere sieben führen keine Hinrichtungen mehr durch.

